

Berlin, 16. Juni 2026

Pressemitteilung des Vorstands

Protestralley in Berlin an drei Locations gegen die US-Blockadepolitik gegen Kuba

Berlin. Am vergangenen Sonntag fanden in Berlins Mitte an drei besonderen Orten Protestkundgebungen mit Fahnen, Transparenten und Statements statt. Mit dieser Aktion des Netzwerk Cuba sollten der Hauptschuldige und die Mitschuldigen des ungehemmten und brutalen Wirtschaftskriegs und des Psychoterrors gegen Kuba angeklagt werden. Diese Aktion war Teil der europaweiten Kampagne UNBLOCK CUBA, die mit immer neuen Aktionen in über zwanzig westeuropäischen Ländern auf die zerstörerische, 1961 begonnene Blockade der USA gegen Kuba informiert und protestiert. Damit soll dem wiederholten einhelligen UN-Votum gegen die US-Blockade Nachdruck verliehen sowie spürbare Maßnahmen gegen dieses andauernde und jüngst eskalierte Verbrechen gefordert werden, das inzwischen den Tatbestand des Völkermords erfüllen dürfte.

Mit dem Start vor der US-Botschaft neben dem Brandenburger Tor wurde deutlich gemacht, wer die Haupttäter der kriminellen, völkerrechts- und menschenrechtsverletzenden Blockade, der unzähligen Sanktionen und subversiven Aggressionen sowie des Psychoterrors gegen Kuba waren und sind. Die imperialistische Politik der USA gegen Kuba ist Teil ihrer internationalen Großmachtpolitik, ihres globalen Herrschaftsnetzwerkes, ihrer Unterdrückung progressiver Regierungen, Bewegungen und Persönlichkeiten, auch im eigenen Land. Die US-Blockade verletzt Völkerrecht, Handelsrecht und Menschenrechte. Sie richtet in Kuba unermesslichen ökonomischen, sozialen, kulturellen, ökologischen, politischen und emotionalen Schaden an. Und die US-Blockade richtet in anderen, darunter auch „befreundeten“ Staaten gezielt Schäden an: Unternehmen, Banken, Händler und sogar NGOs und Privatpersonen werden durch die „extraterritorialen Effekte“ der USA widerrechtlich mit teilweise horrenden Strafzahlungen bestraft. Diese Politik der Angst muss beendet und die UN-Charta mit ihren multilateralen, humanen und friedlichen Zielen gerettet und gestärkt werden.

An der Vertretung der EU in Berlin wurde betont, dass die Blockade auch nationale Rechte und unsere Souveränität verletzt. Die Freiheit unserer NGOs, Unternehmen, Banken, Händler und Touristen wird durch eine ausländische Macht beschränkt und verletzt. Indem die EU nichts gegen die kriminelle US-Blockade unternimmt und sogar die eigene Bevölkerung nicht vor deren negativen Effekten schützt, verletzt sie auch ihre eigenen Prinzipien, ist „Mittäterin“! Dabei hat die EU 1996 eine Resolution erlassen, in der sie den Mitgliedsstaaten auferlegt, sich gegen die US-Blockade zu schützen.

Vor dem Bundeskanzleramt wurde darauf hingewiesen, dass auch die Bundesregierung noch immer nichts Spürbares gegen die kriminelle und menschenverachtende US-Blockade unternimmt. In einigen Verlautbarungen moniert sie die Blockade in allgemein gehaltenen, unverbindlichen Worten. Aber sie wagt sich nicht, den „amerikanischen Freund“ mit seinen brutalen „Wild-West-Methoden“ in die völkerrechtlichen Schranken zu weisen. Zu groß ist die Angst vor dem Imperium und seiner irrationalen „MAGA-Politik“, zu schwach sind der aufrechte Gang und die Wertebasis! Damit ist auch die Bundesregierung noch immer Mittäterin und spielt das schmutzige terroristische Spiel der militärischen Supermacht gegen Kuba weiterhin mit. Zudem verletzt die Bundesregierung und ihre Mitglieder das Grundgesetz und ihre jeweils persönlich geleisteten Amtseide.

In diesem Sinne wird am 28. Juni in Berlin-Mitte eine große Kundgebung gegen die US-Blockade gegen Kuba stattfinden.